

Der Vorsitzende gibt Herrn Ersten Stadtrat Hillgruber Gelegenheit zur Erläuterung der Vorlage.

Insbesondere im Schulbereich sei Unterstützung bei der Verständigung notwendig, auch, weil es um Darlegung der Bedeutsamkeit von Schulbesuch sowie der Regeln als auch Organisation des Bildungssystems gehe. Die Verständigung zwischen den städtischen, den staatlichen Mitarbeitenden (im Bereich Schulsozialarbeit sowie Lehrkräfte) und betroffenen Eltern gelinge durch die Sprachmittlung.

Finanzmittel für die Integration werden bereitgestellt; es erfolge eine Re-Finanzierung durch das Land.

Im Abschluss besteht Gelegenheit für Fragen, die beantwortet werden.

Frau Layden bestätigt die hauptsächliche Aufgabe der Sprachmittlung; allgemeine Erklärungen in Elterngesprächen seien bei Bedarf damit verbunden.

Die Frage nach der Anzahl der schulpflichtigen rumänischen Kinder solle per Niederschrift nachgereicht werden:

„Wir haben 236 Kinder aus Rumänien im schulpflichtigen Alter (6-17 Jahre).“

Zu den Themen Schulabsentismus sowie Fluktuation bzw. dazu, ob Sprachmittlung hier Erfolg versprechend sei, findet ein Austausch statt.

Herr Erster Stadtrat Hillgruber weist auf die volle Re-Finanzierung durch das Land als auch auf die Tatsache hin, dass es bei der Sprachmittlung nicht um Schulsozialarbeit, sondern um Sprachmittlung gehe, und dass die Kinder und ihre Familien nur mittels Sprache erreicht werden könnten. Rumänische Staatsangehörige hätten das Recht auf Wahl ihres Aufenthaltsortes.

Die Bedeutung der Sprache wird aus dem Kreis der Ausschussmitglieder anerkannt.

Diskutiert wird über das Schulsystem in Rumänien, das in der Regel weniger Mindest-Jahre als in Deutschland umfasse.

Auch die Frage nach der Integrationsbereitschaft wird erörtert.

Diskutiert wird weiterhin, ob die Aufgabe durch die Kommunen gelöst werden solle, oder aber auf Bundes- oder sogar Europaebene.

Frau Layden legt dar, dass es in diesem Personenkreis bisher noch keine gewachsene Community gebe und für die Betroffenen Fragen nach sicherem Wohnen und Arbeit vorrangig vor der Frage des Spracherwerbs seien. Berücksichtigt werden müsse auch, dass es unter ihnen Roma gebe, die z. T. schlechte Erfahrungen gemacht hätten. Auf jeden Fall sei Sprache Mittel zum Erfolg. Die Gründung eines Vereins wäre zur Unterstützung hilfreich.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Es wird zugestimmt, die Personal- und Sachkosten für den Einsatz einer rumänischen Sprachmittlung im Umfang einer Stelle von 39 Wochenstunden für die Zeit vom 01.01.2023 bis 31.12.2024 bei einem freien Träger zu finanzieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 5

Beschluss:
Beschlossen

Endgültig entscheidende Stelle:
Ratsversammlung